

09/2008

2015
aktuell

18. September 2008

1. **Accra-Konferenz: Teilerfolge zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe**
2. **Umsetzung der Millenniumsziele gefährdet**
3. **Weltbankstudie: 1,4 Milliarden Menschen leben in Armut**
4. **Defizite beim Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**
5. **Reform der Krankenversicherung in Entwicklungsländern gefordert**
6. **Obama will illegitime Schulden auf die internationale Agenda setzen**
7. **Wachstum der Weltbevölkerung gefährdet Ernährungssicherheit**

***Kurz notiert
Termine***

In eigener Sache

Um unseren Newsletter stärker an Ihren Interessen auszurichten, möchten wir Sie bitten, sich einige Minuten Zeit für eine kurze Online-Umfrage zu nehmen. Wir würden uns freuen, den Newsletter dadurch in Zukunft anhand Ihrer Vorstellungen verbessern zu können.

www.voycer.de/umfrage/?sid=59912

1. Accra-Konferenz: Teilerfolge zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe

Vom 2. bis 4. September fand in Accra/Ghana das dritte hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit statt. Auf der dreitägigen internationalen Konferenz, an der über 1.000 Vertreter und Vertreterinnen von Geber- und Entwicklungsländern, sowie der Zivilgesellschaft teilnahmen, sollte die Umsetzung der Paris Deklaration zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aus dem Jahr 2005 überprüft werden. In der „Accra Agenda for Action“ verpflichteten sich die anwesenden Regierungsvertreter, schnelle und effektive Schritte für mehr Transparenz und Vorhersagbarkeit in der Entwicklungshilfe sowie eine bessere Rechenschaftspflicht der Regierungen einzuleiten, um die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer zu stärken. Außerdem wurden

Maßnahmen und zeitgebundene Selbstverpflichtungen zur besseren Vorhersagbarkeit der Entwicklungshilfe festgeschrieben. Politische Konditionalitäten, gegen die sich die Zivilgesellschaft besonders eingesetzt hatte, wurden in der Agenda zwar eingeschränkt, aber nicht gänzlich aufgegeben. Außerdem können Geber ihre Entwicklungshilfemaßnahmen auch weiterhin über parallele, von außen auferlegte Strukturen anbieten und somit der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer entgegenwirken. Festgelegt wurde jedoch, dass Industriestaaten künftig bis zur Hälfte ihrer Entwicklungshilfe als Budgethilfe für die Länder des Südens zur Verfügung stellen. Dadurch können Entwicklungsprojekte von den jeweiligen nationalen Parlamenten und Verwaltungen geplant und von lokalen Kräften umgesetzt werden. Parlamente sollen der Accra Agenda zufolge zukünftig eine stärkere demokratische Kontrollfunktion einnehmen. Sie gehen damit gestärkt aus dem Verhandlungsprozess hervor.

<http://siteresources.worldbank.org/ACCRAEXT/Resources/4700790-1217425866038/AAAFinalDraft-25July2008.pdf>

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul zeigte sich nach ihrer Teilnahme an der Accra-Konferenz zufrieden mit den Ergebnissen. Die „Accra Agenda for Action“ sei ein Meilenstein für die internationale EZ und bringe neuen Schwung in den Prozess zu mehr Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und einer besseren Koordination der Hilfeleistungen. Besonders hob sie die Verpflichtung zu mehr Transparenz und wechselseitiger Rechenschaftspflicht hervor, für die sie schon während der deutschen EU-Präsidentschaft geworben hatte. Als Beispiel für die praktische Umsetzung einer engeren Zusammenarbeit wertete die Ministerin ein Abkommen zur Förderung Erneuerbarer Energien, das Deutschland und die Niederlande am Rande der Konferenz unterzeichnet haben.

www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/september/20080903_accra/index.html?PHPSESSID=a63479edec79c2e8c938e772d634962e

Die Zivilgesellschaft hat als eigenständiger Akteur in dem Abschlussdokument eine Aufwertung erfahren. Die rund 80 offiziellen Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft ziehen dennoch eine gemischte Bilanz der Accra-Vereinbarung: Die Verpflichtungserklärungen der Geber sind in vielen Bereichen, wie zum Beispiel der Aufhebung von Lieferbindungen, äußerst vage. Die Stärkung von Süd-Süd-Kooperationen sollte im Grunde keine Aufgabe der OECD-Geber sein, sondern von dem neu gegründeten UN-Development Cooperation Forum (DCF) koordiniert werden. Und nicht zuletzt konnte der relativ enge, technokratische Ansatz der Paris Deklaration nicht durch einen ganzheitlichen Ansatz einer „Entwicklungseffizienz“, die Armutsbekämpfung, Menschenrechte sowie soziale und Geschlechtergerechtigkeit in den Vordergrund stellt, ersetzt werden. Im Vorfeld der Konferenz hatten sich über 800 Vertreter und Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) während eines zivilgesellschaftlichen Forums auf ihre Positionen verständigt. Zusätzlich hatte ein Frauenforum Empfehlungen zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit formuliert. (www.betteraid.org; <http://62.149.193.10/wide/download/WomenForumStatement.pdf?id=712>)

Auch die **Welthungerhilfe** begrüßte die gestärkte Stellung der Zivilgesellschaft. Wenn man die Eigenverantwortung der Empfängerländer stärken wolle, könne man sich nicht allein auf die staatlichen Strukturen verlassen. Vielmehr müsse die Zivilgesellschaft für mehr Rechenschaft und Transparenz bei der Verwendung der

Entwicklungshilfe eintreten, damit die Bürger die Möglichkeit haben, zu kontrollieren, was mit den Geldern passiert. Zusätzlich können, laut Welthungerhilfe, Basisinitiativen die Defizite des Staates auf Gebieten wie Bildung, Gesundheit oder auch Katastrophenvorsorge ausgleichen. Accra habe ein Zeichen gesetzt, dass erfolgreiche Entwicklung nicht allein den Regierungen überlassen werden kann. Nun müssen dieser Erkenntnis auch konkrete Schritte folgen, damit die Accra Agenda nicht eine reine Absichtserklärung bleibe. (www.welthungerhilfe.de/staerkung-zivilgesellschaft.html)

Kritisiert wurden dagegen die von den USA und Japan durchgesetzten Schlupflöcher in der Accra Agenda. Diese führen beispielsweise bei der Lieferaufbindung dazu, dass Entwicklungsländer weiterhin Waren aus den Geberländern einführen müssen anstatt auf eigene Produzenten zu setzen. Dadurch werden die Kosten für Entwicklungshilfe erhöht und die Auswahlmöglichkeiten für die Entwicklungsländer verringert, so der europäische NRO-Dachverband CONCORD. Laut Evangelischem Entwicklungsdienst (EED) haben die beiden Länder die Chance vertan, dass ein größerer Anteil der Hilfe tatsächlich bei den Armen ankommt. Nichtsdestotrotz ist es ein Erfolg, dass wenigstens 60 Prozent – der Anteil der EU – nach dem neuen Verfahren der „Accra Agenda for Action“ eingesetzt werden. Dies sieht vor, dass mindestens 50 Prozent der Entwicklungshilfe den Ländern direkt als Budgethilfe zur Verfügung gestellt wird, um deren Eigenverantwortung zu stärken und die Effizienz der EZ zu verbessern.

(www.concordeurope.org/Files/media/internetdocumentsENG/5_Press/1_Press_releases/0_Press_release_2008/Press-release-final-Accra-04-09-2008.doc;
www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.33/de.sub.news/de.news.934/index.html)

2. Umsetzung der Millenniumsziele gefährdet

Im Vorfeld des „Millennium Development Goals (MDG) High Level Event“, das am Rande der UN-Generalversammlung am 25. September in New York stattfinden wird, haben die Vereinten Nationen den „**Millennium Development Goals Report 2008**“ veröffentlicht. Darin kommen sie zu dem Schluss, dass die Verwirklichung einiger Millenniumsentwicklungsziele in Reichweite ist, während bei anderen zusätzliche Anstrengungen nötig sind, um die MDG bis zum Jahr 2015 zu verwirklichen. Zu den erreichbaren Zielen gehört unter anderem die Halbierung der weltweiten Armut bis 2015. Auch in den Bereichen Wasserversorgung und Gesundheitsfürsorge, speziell bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten, sind große Fortschritte sichtbar. Bei anderen Zielen dagegen gibt es kaum Fortschritte: So wird ohne eine Verstärkung der Anstrengungen der Anteil der Menschen in Afrika südlich der Sahara, die Hunger leiden, bis 2015 nicht halbiert werden. Außerdem gibt es bei der Gleichberechtigung der Geschlechter, der flächendeckenden Bereitstellung von sanitären Anlagen und bei der Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit großen Nachholbedarf. Hinzu kommt, dass die Fortschritte sowohl regional als auch unter den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sehr ungleich verteilt sind. Um die MDG bis zum Jahr 2015 zu erreichen, ist daher ein stärkeres Engagement aller beteiligten Akteure erforderlich; vor allem aber müssen die Zusagen zur Bereitstellung zusätzlicher Entwicklungshilfe eingehalten werden.

(www.un.org/millenniumgoals/pdf/The%20Millennium%20Development%20Goals%20Report%202008.pdf)

Auch das vierte Heft der Reihe INEF Policy Brief beschäftigt sich unter dem Titel „**Das MDG-Projekt in der Krise**“ mit der Halbzeitbilanz und den Zukunftsperspektiven der MDG. Hintergrund ist die einheitliche Bilanz von UN, Weltbank, Regierungen und NRO, dass die meisten MDG in zahlreichen Ländern der Welt nicht bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden können, wenn sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen. Neben Defiziten bei der Reduzierung der Kinder- und Müttersterblichkeit sowie der Halbierung des Anteils der Hungernden bis zum Jahr 2015 zeigen Untersuchungen zudem, dass sich Länder in Subsahara Afrika sogar von den Zielvorgaben entfernen. Mit besonderen Hindernissen sind fragile Staaten konfrontiert, die durch neoliberale Reformen und Gewaltkonflikte über keine ausreichenden staatlichen Institutionen verfügen, um die Umsetzung der MDG voranzubringen. Vor diesem, sowie vor dem Hintergrund methodischer Probleme bei der Erfassung von Fortschritten, fordern die Autoren eine Korrektur bisheriger Erfolgsmeldungen und geben Empfehlungen für die zweite MDG-Halbzeit: Diese beinhalten klare und verbindliche Verpflichtungen der Industrieländer, die in Stufenplänen messbar gemacht werden sollen. Dazu zählen etwa die Einführung menschenrechtlicher Kriterien insbesondere für das achte MDG, gute Regierungsführung in den Ländern des Südens sowie länderspezifische Entwicklungsstrategien zur Bekämpfung struktureller Armutsursachen. (<http://inef.uni-due.de/page/documents/PolicyBrief04.pdf>)

Ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, unter ihnen VENRO und „Deine Stimme gegen Armut“ haben Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul vor ihrer Abreise zum MDG-Gipfel einen Koffer mit der Aufschrift „**Armut kann einpacken**“ übergeben. Der Inhalt des Koffers, wie eine Schiefertafel mit der Aufschrift „Bildung für alle“ soll die Bundesregierung an ihre Verpflichtung erinnern, sich stärker für die MDG einzusetzen. In einem Schattenbericht bilanziert das Aktionsbündnis den deutschen Beitrag zur MDG-Umsetzung und gibt konkrete Handlungsempfehlungen, um die Ziele bis 2015 zu erreichen. Zwar gehen die deutschen Bemühungen in die richtige Richtung, sie sind aber bei weitem nicht ausreichend, um Deutschlands Vorreiterrolle in der Armutsbekämpfung zu festigen. Das Aktionsbündnis fordert daher mehr finanzielle Mittel für Maßnahmen gegen eine Ausbreitung der Hungerkrise, zur Eindämmung von Infektionskrankheiten und zum Ausbau von Gesundheitssystemen, für Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und für den Klimaschutz. Zusätzlich müsse Deutschland den eingeschlagenen Weg der Schuldenerlasse weiterverfolgen und sich dafür einsetzen, dass Entwicklungsländer einen fairen Zugang zu den europäischen Märkten erhalten. (www.deine-stimme-gegen-armut.de/)

3. Weltbankstudie: 1,4 Milliarden Menschen leben in Armut

Trotz Erfolgen im Kampf gegen die Armut schätzt die Weltbank die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen 1,4 Milliarden weltweit. Damit sind etwa ein Viertel der Weltbevölkerung und deutlich mehr Menschen als bisher gedacht von Armut betroffen. Der Studie „**The Developing World is poorer than we thought, but not less successful in the Fight against Poverty**“ zufolge ist die Zahl der Armen zwar um 500 Millionen gesunken. Der Rückgang verlaufe jedoch langsamer als von der Weltbank erwartet. Wenn sich das Tempo nicht beschleunigt, werden 2015 immer noch eine Milliarde Menschen unter der Armutsgrenze leben, und das erste MDG zur Halbierung der Armutsrate bis zum Jahr 2015 wird verfehlt werden. Die unerwartet hohe Armutsrate resultiert in erster Linie aus der Überarbeitung des

statistischen Materials. Durch die Einbeziehung der Teuerungsraten und der umfassenden Untersuchung von Länderstudien wurde erstmalig eine Erhöhung des Grenzwertes für absolute Armut um 0,25 US-Cent auf 1,25 US-Dollar am Tag vorgenommen. Jedoch sind selbst hier noch nicht die neuerlichen Preisexplosionen bei Energie und Nahrung eingerechnet, da das Erhebungsjahr der Statistiken 2005 ist. Die Fortschritte in der Armutsbekämpfung sind außerdem regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Vor allem in Asien ist ein Rückgang deutlich sichtbar. So konnten sich allein in China 600 Millionen aus der absoluten Armut befreien. Im Gegensatz dazu leben in Afrika südlich der Sahara immer noch 50 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze, wobei deren absolute Zahl sogar gestiegen ist. (www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2008/08/26/000158349_20080826113239/Rendered/PDF/WPS4703.pdf)

4. Defizite beim Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Beim Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft zur Umsetzung der MDG gibt es bedeutende Defizite. Zu diesem Schluss kommt die „**MDG Gap Task Force**“ in ihrem ersten Bericht zum MDG 8, welches die Entwicklung einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft zum Ziel hat. Die Task Force wurde 2007 von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ins Leben gerufen, um die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zur Verwirklichung der MDG zu überprüfen. Dem Bericht „**Delivering on the Global Partnership for Achieving the Millennium Development Goals**“ zufolge gibt es beim Abbau von Handelsbarrieren für Entwicklungsländer sowie bei der Bereitstellung zugesagter Entwicklungshilfegelder (ODA) noch großen Nachholbedarf. Angesichts der rückläufigen ODA-Ausgaben fordert die Task Force neben einer besseren Effizienz der Mittelverwendung vor allem die Einhaltung der gegebenen Versprechen. Auch im Handelsbereich sieht der Bericht großen Handlungsbedarf. Demnach können nur 79 Prozent der Exporte aus den ärmsten Ländern zollfrei in die Industrieländer eingeführt werden; bei den für Entwicklungsländer zentralen Agrarprodukten sind die Beschränkungen noch höher. Die im Juli ergebnislos abgebrochene Doha-Runde zur Handelsliberalisierung muss daher schnellstens wiederbelebt werden, so der Bericht. Auch beim Zugang zu Medizin und Technologie sind Nachbesserungen erforderlich. Sowohl lebenswichtige Medikamente als auch Strom zum Betreiben von Technologie sind in vielen Entwicklungsländern nicht flächendeckend verfügbar. Demgegenüber wurden bei der Entschuldung von Entwicklungsländern signifikante Fortschritte erzielt. Auch wenn noch einige Länder mehr Geld für den Schuldendienst als für Bildung oder Gesundheit ausgeben, sei man auf einem guten Weg. (www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Gap%20Task%20Force%20Report%20008.pdf)

5. Reform der Krankenversicherung in Entwicklungsländern gefordert

In dem gemeinsamen Positionspapier „**Krankenversicherung in armen Ländern**“ haben **Oxfam International** und das europäische NRO-Netzwerk **Action for Global Health** eine Reform der Krankenversicherungssysteme in Entwicklungsländern gefordert. Vor dem Hintergrund einer Analyse unterschiedlicher Krankenversicherungssysteme geht das Papier der Frage nach, wie sich ein gleichberechtigter und allgemeiner Zugang zu grundlegender Gesundheitsfürsorge umsetzen lässt. Demnach verbessern Krankenversicherungen den Zugang zu

Gesundheitsdienstleistungen und senken auch die für Arme oftmals existenzbedrohenden Ausgaben für medizinische Leistungen. Um einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten, muss allerdings eine adäquate öffentliche Finanzierung der Gesundheitssysteme gesichert sein. Andernfalls laufen alle analysierten Krankenversicherungsformen Gefahr, bestimmte Gruppen in der Bevölkerung auszugrenzen und sich auf die Versorgung Besserverdienender zu beschränken. Aus diesem Grund fordern die Autoren, die Gesundheitsfinanzierung speziell auf die Bedürfnisse von besonders bedürftigen Gruppen auszurichten. Dazu müssen neue finanzielle Mittel sowohl von den Regierungen der Empfängerländer als auch auf Seiten der Geber bereitgestellt werden. Ziel muss die Ausweitung der kostenlosen und steuerfinanzierten Gesundheitsfürsorge für alle Bevölkerungsgruppen sein. Dies muss sich auch in den nationalen Strategien der Entwicklungsländer zur Stärkung des Gesundheitswesens widerspiegeln und von den Gebern unterstützt werden.
(www.oxfam.de/download/krankenversicherungspapier.pdf)

6. Obama will illegitime Schulden auf die internationale Agenda setzen

In seinem Grundsatzpapier „**Strategie zur Förderung der globalen Entwicklung und der Demokratie**“ hat der Präsidentschaftskandidat der US-amerikanischen Demokraten, Barack Obama, angekündigt, das Thema illegitime Schulden in Zukunft multilateral behandeln. Im Falle seiner Wahl soll die Vergabe von Krediten, bei deren Aufnahme bekannt war, dass sie nicht im Sinne der Interessen der betroffenen Bevölkerung sind, international sanktioniert werden. Gleichzeitig sollen Untersuchungen dazu vorangetrieben werden, wie private Kreditgeber davon abgehalten werden können, repressiven und autoritären Regimen Geld zu leihen. Um den am schwersten verschuldeten armen Ländern zu helfen, befürwortet Obama außerdem eine vollständige Streichung der Schulden im Rahmen der „Heavily indebted poor countries (HIPC) –Initiative“. Im Rahmen dieser Initiative waren Entwicklungsländern seit 1996 Schulden gestrichen worden, um deren Verschuldung auf ein tragfähiges Niveau zu reduzieren. In seinem Papier betont Obama, dass die Gelder aus dem Schuldendienst dringend für die Gesundheitsversorgung, Bildung und Infrastruktur benötigt werden. Für die Zukunft fordert er eine Reform der Weltbank, die arme Länder in die Lage versetzt, finanzielle Hilfen in Form von Zuschüssen anstatt Krediten zu erhalten. Dies soll sicherstellen, dass die ärmsten Länder nicht in die Schuldenfalle zurückfallen. Um seine Forderungen zu finanzieren, hat der demokratische Präsidentschaftskandidat die Steigerung der jährlichen Auslandshilfe bis 2012 auf 50 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt
([www.barackobama.com/pdf/issues/Fact Sheet Foreign Policy Democratization and Development FINAL.pdf](http://www.barackobama.com/pdf/issues/Fact_Sheet_Foreign_Policy_Democratization_and_Development_FINAL.pdf))

Die Entschuldungskampagne **erlassjahr.de** begrüßte die Positionierung Obamas und forderte gleichzeitig die internationale Gemeinschaft auf, das Thema illegitime Schulden offensiv anzugehen. Erlassjahr.de unterstützt die Schuldenerlasse für die derzeit 41 Staaten umfassende Gruppe der HIPC-Staaten. Kritisch beurteilt die Initiative jedoch die Begrenzung der Entschuldung auf diese Gruppe. Nach Schätzungen des NRO-Bündnisses laufen 53 Länder Gefahr, erneut in eine Schuldenkrise geraten, von denen nur die Hälfte zu den HIPC-Staaten gehört. Gleichzeitig leiden auch Entwicklungsländer, deren Verschuldung nicht als „hoch“ eingestuft wird, unter dem Schuldendienst und können dringend benötigte Mittel nicht zur Finanzierung der MDG einsetzen.

www.erlassjahr.de/dev/cms/upload/fachinfo/erlassjahr_fachinfo_18_2008081.pdf

7. Wachstum der Weltbevölkerung gefährdet Ernährungssicherheit

Während heute etwa 6,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben, wird 2025 bereits die Acht-Milliarden-Marke überschritten. Dabei wächst vor allem die Bevölkerung in den Entwicklungsländern überproportional schnell. Heutzutage leben dort bereits 82 Prozent der Weltbevölkerung, was etwa 5,5 Milliarden Menschen entspricht. Prozentual am schnellsten wächst Afrika, das in Zukunft besonders von der globalen Nahrungsmittelkrise betroffen sein wird. Schon heute ist es vielen afrikanischen Ländern kaum möglich, ihre Einwohner zu ernähren. Der rasche Anstieg der Bevölkerung in dieser Region bewirkt, dass zusätzlich fast eine Milliarde Menschen mit Nahrungsmitteln versorgt werden müssen, was immense Anstrengungen für die betroffenen Staaten aber auch für die Internationale Gemeinschaft bedeutet. Dies geht aus dem jährlichen Datenreport zur Bevölkerungsentwicklung der **Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW)** hervor, der im August veröffentlicht wurde. In dem Bericht zum Schwerpunktthema „**Bevölkerung und Hunger**“ werden statistische Daten zu 20 Indikatoren für 180 Länder und verschiedene Regionen dargestellt. Diese reichen von aktuellen Bevölkerungszahlen über Unterernährung bis hin zum Zugang zu sauberem Trinkwasser.

www.weltbevoelkerung.de/publikationen/dsw-datenreport.shtml

Kurz notiert:

Auf der Website **PRSP-Watch** gibt ein aktualisiertes Länderprofil zu **Côte D' Ivoire** einen Überblick über die Partizipation und den Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Erstellung des nationalen Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung (PRSP). Das Profil informiert über den im Dezember 2007 neu gestarteten PRS-Prozess, der in den letzten Jahren durch die instabile politische Situation gebremst worden war. Nun soll die Zivilgesellschaft stärker eingebunden werden. (www.prsp-watch.de)

Die Kampagne „**Stop Malaria Now!**“ will mit einer Online-Aktion die Fotos von 100.000 Menschen zu einem Fotomosaik Afrikas verbinden und damit mehr Engagement im Kampf gegen Malaria fordern. In den nächsten 18 Monaten kann jeder mit einem Foto die europäisch-afrikanische Kampagne unterstützen. (www.stopmalarianow.org/your-face.html?L=1)

Mit einem Podcast rund um die MDG bietet die **UN-Millenniumkampagne** in Deutschland (UNMC) ab sofort aktuelle Informationen zum Thema Armutsbekämpfung. Der Podcast steht alle zwei bis drei Wochen zum Download bei iTunes und auf der Webseite der UNMC bereit. (www.un-kampagne.de/index.php?id=149)

Das UN-Entwicklungsprogramm (**UNDP**) und die UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (**UNDESA**) haben in Zusammenarbeit mit dem "**MDG Network**" und dem "**UN DG MDG Policy Network**" einen MDG-Blog eingerichtet. Die Ergebnisse des Blogs beziehungsweise die Beiträge aus dem Blog sollen in das UN High Level Event on the MDGs am 25. September in New York einfließen. Der Blog wird bis zum 26.09. online sein. Zur Teilnahme und Registrierung: www.mdg-gateway.org/MDG-Blog

Die Kampagne „**Frauen geben 8**“ schickt ein Quiz zu der Rolle der Frauen bei der Realisierung der Millenniumsentwicklungsziele mit der UN-Millenniumskampagne auf Städtetour. UNIFEM Deutschland wird dieses Quiz ebenfalls bei Veranstaltungen verwenden. (www.un-millenniumkampagne.de/)

Termine

22. September 2008, Berlin, GTZ

Die Relevanz und Universalität der Menschenrechte
Veranstaltungsreihe „Wirtschaft und Menschenrechte“
Abendveranstaltung
www.gtz.de/de/leistungsangebote/24454.htm

23. September 2008, Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung, Welthungerhilfe

Musterknabe oder Sorgenkind? Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung auf dem Prüfstand
www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=5325&crtpage=2

23. September 2008, Berlin, WEED

Handel ohne Entwicklung? – Die bilaterale EU-Handelspolitik anhand der Beispiele Zentralamerika und Südostasien
Fachgespräch
Informationen bei Manuel.Melzer@weed-online.org

24. September 2008, Bonn, VENRO

Gender als Erfolgsfaktor. Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit
Workshop
http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Einladung_VENRO_Genderworkshop.pdf

30. September 2008, Berlin, Europäische Akademie Berlin, BMZ

Wirtschaftliche Globalisierung und Auswirkungen auf Landwirtschaft und Handwerk
2. Teil der Veranstaltungsreihe „Globalisierung und Unterentwicklung“
www.eab-berlin.de/Aktuelles-Programm.programm.0.html

01. bis 02. Oktober 2008, Berlin, Missio, Caritas, AGEH, Netzwerk Afrika Deutschland

Beyond Migration – Deutsch-afrikanischer Dialog zu Perspektiven internationaler Migration – Chancen und Herausforderungen für Politik und Kirche
Fachtagung
www.missio.de/dcms/sites/missio2/aktuelles/veranstaltungen.html?f_action=show&f_event_id=6369

09. bis 10. Oktober 2008, Berlin, European Center for Constitutional and Human Rights, Brot für die Welt, MISEREOR

Transnationale Unternehmen und Menschenrechte
Tagung
<http://ecchr.de/veranstaltungen/articles/tnu.html>

14. Oktober 2008, Bonn, Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit

Von Paris nach Accra - und wie weiter
www.inwent.org

16. Oktober 2008, Berlin, GTZ

Regionale Herausforderungen

2. Teil der Veranstaltungsreihe „Wirtschaft und Menschenrechte“

Abendveranstaltung

<http://www.gtz.de/de/leistungsangebote/24454.htm>

30. bis 31. Oktober 2008, Bonn, Brot für die Welt

Welche Wirkung wollen wir? Erfahrungen eines kirchlichen Entwicklungswerks und Ausblicke auf die internationale Wirkungsdebatte

Fachtagung

www.brot-fuer-die-welt.de/744_5747_DEU_HTML.php

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Philipp von Zwehl, Birte Rodenberg

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung